

Ressort: Auto/Motor

Niedersachsen will Boni-Verzicht bei VW durchsetzen

Wolfsburg, 11.04.2016, 00:00 Uhr

GDN - Das Land Niedersachsen drängt darauf, dass der Vorstand von Volkswagen wegen der Abgasaffäre vollständig oder zumindest weitgehend auf Bonuszahlungen verzichtet. Nach Informationen von SZ, NDR und WDR will Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) am Montag auf der Sitzung des Aufsichtsratspräsidiums von VW in Wolfsburg die eigentlich fälligen Bonuszahlungen in Millionenhöhe verhindern.

Niedersachsen nehme hier eine harte Haltung ein, heißt es aus der Konzernspitze. Das Bundesland ist einer der drei Hauptaktionäre von VW. Im Konzern wird mit einer heftigen Auseinandersetzung im Präsidium des Aufsichtsrats gerechnet. Vorstandschef Matthias Müller ist bislang nur teilweise zu einem Verzicht bereit. Müller und einige seiner Vorstandskollegen haben zusätzlich zu ihren Gehältern in Millionenhöhe Anspruch auf Boni in Höhe von 2,5 Millionen Euro und mehr. Das gilt selbst dann, wenn VW das Geschäftsjahr 2015 wegen der Abgas-Affäre mit Verlust abschließen sollte. Der Grund: Die Bonuszahlungen richten sich größtenteils nach der Entwicklung der vergangenen zwei bis vier Jahre. Die Jahre 2012 bis 2014 liefen gut für den Konzern, der Gewinne in Milliardenhöhe machte und zufriedene Kunden und Mitarbeiter hatte. Das ist ausschlagend für hohe Boni. Diese sind nach Ansicht des Landes Niedersachsen wegen der Affäre aber niemandem vermittelbar, weder der Bevölkerung noch den Geschäftspartnern und Kunden von VW. Zum Thema Boni äußerte sich Regierungschef Weil bislang nicht öffentlich. Seine Haltung ist aber bei VW bekannt. Beim SPD-Landesparteitag am Samstag in Braunschweig bezog Weil grundsätzlich Stellung zu Volkswagen. Dort gehe es nicht nur um Schadensbegrenzung, sondern auch um Moral. VW müsse wieder ein Vorzeigeunternehmen werden, "nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht", sagte Weil. Der Autokonzern hat jahrelang weltweit die Abgaswerte von Millionen Diesel-Fahrzeugen manipuliert. Wegen überhöhter Stickoxidemissionen, die schädlich sind für Mensch und Natur, muss der Konzern insbesondere in den USA mit Milliardenstrafen rechnen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-70728/niedersachsen-will-boni-verzicht-bei-vw-durchsetzen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619